

**DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT  
IN NORDAFRIKA SOWIE  
IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN  
EINFORDERN UND UNTERSTÜTZEN**

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER CDU DEUTSCHLANDS  
ANLÄSSLICH DER KLAUSURTAGUNG AM 13. UND 14. JANUAR 2012 IN KIEL

# **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten einfordern und unterstützen**

**Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands  
anlässlich seiner Klausurtagung am 13. und 14. Januar 2012 in Kiel:**

Entwicklungen in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten sind für unser Land von großer Bedeutung. Aufgrund der vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und auch zwischenmenschlichen Verbindungen zwischen Europa und den Ländern in der südlichen europäischen Nachbarschaft ist es eine vordringliche Aufgabe sowohl für Deutschland auch für die Europäische Union, den begonnenen Wandel zu unterstützen.

Noch ist die zukünftige Entwicklung der vom Umbruch geprägten Staaten offen. Der Weg zu gefestigten Demokratien ist schwierig und keineswegs selbstverständlich. Zwar konnten durch den arabischen `Frühling` die Herrscher in Tunesien, Ägypten, Libyen und Jemen von der Macht vertrieben werden und in Syrien wird die Herrschaft von Präsident Assad vehement in Frage gestellt. Doch ein Machtwechsel allein garantiert keineswegs demokratische und rechtsstaatliche Strukturen und den Schutz der Menschenrechte.

Die Durchführung freier und fairer Wahlen in Ägypten ist ein großer Fortschritt. Allerdings kämpft das Land nach wie vor mit großen Problemen. So konnten die ägyptischen Behörden die Übergriffe auf die Kopten nicht verhindern. Ebenso wenig hinnehmbar ist das brutale Vorgehen gegen friedliche Demonstranten. Auch die Schließung des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo erfüllt uns mit Sorge. Die Stiftung ist bereits seit über 30 Jahren in Ägypten tätig. Gegen ausländische Organisationen vorzugehen, die partnerschaftlich mit lokalen Institutionen den Übergang von autoritären oder diktatorischen Regimen hin zu Demokratien unterstützen wollen, ist nicht akzeptabel.

Sowohl die Konrad-Adenauer-Stiftung als auch die anderen Politischen Stiftungen leisten in vielen Ländern dieser Welt wichtige Arbeit bei dem Aufbau von Demokratie, der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Förderung des politischen Pluralismus und der Menschenrechte.

Die Schulung von Journalisten, die Förderung politischer Parteien oder Programme zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sind lediglich einige Beispiele für die Tätigkeiten der Politischen Stiftungen. Diese sind zwar nicht immer bequem für die Machthabenden, doch immer im Interesse demokratischer, pluralistischer Gesellschaften.

Genau vor einem Jahr, am 14. Januar 2011, flüchtete der damalige tunesische Präsident Ben Ali aus seinem Land. In den zwölf Monaten, die seit seinem Sturz vergangen sind, haben viele Menschen in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten für Freiheit, Gerechtigkeit und Würde gekämpft und dafür auch ihr Leben gegeben. Die Chancen, die diese Menschen ihren Ländern eröffnet haben, dürfen nicht ungenutzt verstreichen, ihre Hoffnungen nicht enttäuscht werden.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ...

- ... bekennt sich ausdrücklich dazu, die Länder der Region, die einen demokratischen Neuanfang wollen, tatkräftig zu unterstützen. Unser Ziel ist es, zu einem friedlichen Wandel beizutragen und zugleich für die Menschen in der Region auch eine wirtschaftliche Perspektive zu entwickeln. Dies sind die Grundlagen für langfristige Stabilität, die zugleich auch im deutschen und europäischen Interesse ist.
- ... spricht sich daher für ein noch intensiveres entwicklungspolitisches Engagement in den veränderungswilligen Ländern der Region aus und sieht hierbei die Tätigkeit der Politischen Stiftungen als das wesentliche Element der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik zur Demokratieförderung.
- ... fordert von den Regierungen in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten, die Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten, wie der Christen, anzuerkennen und zu schützen.
- ...hält es für notwendig, dass die Instrumente der EU-Nachbarschaftspolitik konzentriert für die Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit der Partnerländer in der südlichen Nachbarschaftspolitik eingesetzt werden müssen.